

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinschaft des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirk. . . . Erscheint seit 1848.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neudorf, Stolpen und Umgegend wie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentlich 2 Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntagsunterhaltungsbogen. . . . Fernsprecher Nr. 2.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindegemeinschaft Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 20 Hg., drückende Anzeigen 60 Hg. Im Textteil (Zm. Maße 16) 180 Hg., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nach feststehenden Sätzen. — Ähnliche Anzeigen bei gespaltener Zeile 120 Hg. — Für bestimmte Tage oder Wochentage wird keine Ermäßigung geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 185.

Mittwoch, den 11. August 1920.

74. Jahrgang.

70 Milliarden Papiergeld.

Der neue Reichsbankausweis ist wieder ein Gefährden. Unermüdlich schreubert die Rotenpresse neue Papiergeldzeichen in den Verkehr. Nicht weniger als zwei Milliarden Mark sind in der Berichtswocde an Noten und Darlehensstassenfcheinen ausgegeben worden. Das wird damit begründet, daß die Rotenbanksterei offenbar wieder zu genommen habe, ebenso, daß die Einbringung der Ernte starke Ansprüche stelle. Ob tatsächlich die Rotenbanksterei in einem solchen Grade wieder in Aufschwung gekommen ist, daß die Rotenpresse der Reichsbank Tag und Nacht arbeiten muß, läßt sich nicht nachprüfen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, denn die Geldentwertung ist so spürbar, daß es wenig wirtschaftlichen Sinn verrät, Banknoten aufzustellen. Wer das tut, setzt sich der Gefahr aus, eines Tages vor völlig wertlosem Druckpapier zu stehen. Nichts ist deshalb richtiger, als Banknoten zu hamstern, weil es sich dabei im Gegenstände handelt, deren Wert immer mehr einstrumpft. Allein das entschuldigt das Verfahren der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums nicht, immer neue Banknoten drucken zu lassen. Aus den Wochenausweisen der Reichsbank ist nicht zu ersehen, welche Summen auf neue Schatzwechsel der Regierung und welche Summen durch die Wirtschaft selbst der Reichsbank entzogen worden sind. Nun zeigt der Ausweis der Berichtswocde, daß Wechsel und Schatzwechselungen um 6,4 Mark zugenommen haben. Hier handelt es sich nur um Schatzscheine, da Warenwechsel kaum darunter sein dürften. Vielleicht entschließt sich die Reichsbank, in ihren Ausweisen eine Staffellung vorzunehmen, indem sie angibt, welche Notenbeträge auf Grund von Schatzwechseln in den Verkehr gelassen sind. Nur so läßt sich einwandfrei feststellen, was der Wirtschaft zur Last liegt, aber auch, was einzig und allein verfehlt Finanzpolitik ist. Seit Jahresfrist ist der Notenumlauf allein um 26 Milliarden Mark gestiegen. Er beträgt nunmehr fast 56 Milliarden Mark, was noch über 13 Milliarden Mark Darlehensstassenfcheine kommen. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in einer Versammlung in Frankfurt am Main wieder ein bewegliches Klagebild über unsere Verschuldung angestellt. Das wissen wir alle, so daß darüber nichts Neues zu sagen ist. Wir haben in dessen die Minister nicht dafür, daß sie Klagebilder von sich geben, sondern mit Ernst und Sachkenntnis ihre Aufgaben erledigen. Was Dr. Wirth sagte, ist vielfach und besser von anderer Seite gesagt worden. Damit ist also der Befähigungsnachweis als Finanzminister noch nicht zu erbringen. Warum die schwebenden Schulden immer höher steigen, das muß doch der Finanzminister wissen, aus dessen Schreibtische die Schatzwechsel der Regierung zur Reichsbank wandern. Ist einmal festgestellt, wie hoch diese Beträge wöchentlich sind, dann läßt sich auch nachprüfen, wofür sie ausgegeben werden. Zunächst kommt allerdings die Deckung der Anleihen in Betracht. Aber diese sind nicht so hoch, um die Neuausgabe von 30 Milliarden Mark Papiergeld in einem Jahre zu rechtfertigen. Die Wahrheit ist, daß die Beamtentörper überall stark angeschwollen sind, daß der Weg zur Staatskassette aus parteipolitischer Gesinnungstüchtigkeit gerade während der Regierung Erzberger-Bauer-Müller eifrig gesucht und gefunden worden ist. Der Reichstag hat vor dem Auseinandergehen noch schleunigst den Notausweis bewilligt, ohne sich um die Einzelheiten zu kümmern. So schleppen wir einen Beamtentrost mit, der außer Verhältnis zu den zu leistenden Aufgaben steht. Wie teuer unsere Verwaltung ist, darüber machen wir uns allgemein keinen Begriff.

Selbst ein gewiegter Finanzfachverständiger hat es schwer, eine genaue Berechnung darüber aufzustellen. Der Reichshaushalt wird dem Reichstag in kleinen Teilen vorgelegt, immer in der zwölften Stunde, so daß eine Nachprüfung technisch kaum möglich ist. Wenn wir aber tatsächlich sparen wollen, dann muß zunächst einmal die kostspielige Verwaltung im Reich und in den Ländern abgebaut werden. Das Volk bricht unter der Steuerlast zusammen. Es ist keine Abhilfe, die fehlenden Summen durch die Rotenpresse zu decken, weil die Wirtschaft so in Grund und Boden zerstört wird. Alle Unternehmer und gewerkschaftlichen Verbände klagen darüber, daß ein planmäßiges Wirtschaften überhaupt zur Unmöglichkeit geworden ist. Lieferungsverträge zu festen Preisen lassen sich nicht mehr abschließen, weil die Preise während der Ausführung und am Lieferungsstage selbst wieder gestiegen sind. Das alles sind Wirkungen, als deren Ursache die beständige Vermehrung von Papiergeld mit anzusehen ist. Gewiß, es ist nicht die einzige Ursache. Aber

die Wirtschaft kann nur erblühen, wenn sie Rohstoffe besitzt, wenn Preise und Löhne nicht willkürlich hin- und herschwanken. Die sozialistische Kritik behauptet angesichts dieser Erscheinungen, daß das kapitalistische System verlagert habe. Das ist ein Irrtum und Trugschluß. In Wirklichkeit ist der Mechanismus des kapitalistischen Systems in Unordnung geraten. Das System selbst ist daran nicht schuld, sondern nur die Unfähigkeit und die Unfähigkeit der Männer, die es verwaltungsmäßig zu leiten berufen sind. Es ist die Pflicht der Regierung, unsere Währung wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Verlagt der Reichstag, so haben wir doch den Reichswirtschaftsrat, in dem Männer der Wirtschaftspraxis sitzen. Somit arbeiten wir in russische Zustände hinab, deren Trostlosigkeit durch nichts überboten werden kann. Wir können zwar ebenso viel Papiergeld oder noch mehr drucken wie die Bolschewisten, aber wir können als Industrievolk nicht leben, wenn nicht alle Arbeitsenergie bis zum Äußersten eingespannt werden.

Entspannung der politischen Lage.

Berlin, 9. August. Eine Mitteilung des Berliner Korrespondenten des New York Herald, offizielle deutsche Kreise betrachteten die europäische Lage als absolut hoffnungslos, man glaube, daß wenig Aussicht vorhanden sei, einen allgemeinen Krieg zu verhindern, werden an deutscher amtlicher Stelle als reine Kombinationen betrachtet. Die Tatsache, daß der verantwortliche Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, einen Urlaub angetreten hat und daß sich alle politischen Kreise Deutschlands, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken darüber einig sind, daß Deutschland strengste Neutralität zu wahren hat und die Entschließung der deutschen Arbeiter, jeden Krieg auf alle Fälle nicht mitzumachen, beweist nach den Ausführungen unseres diplomatischen Gewährsmannes, daß die europäische Lage keineswegs als hoffnungslos anzusehen ist; im Gegenteil erwartet man heute oder morgen schon eine gewisse Entspannung der politischen Lage, da sich Lloyd George und Millerand nach vertraulichen Mitteilungen aus Sythe darüber klar sind, daß ein allgemeiner europäischer Krieg gegen Rußland zurzeit aussichtslos sein würde. Man wird versuchen, Polens Widerstand durch gewisse Zugeständungen zu stärken oder auf der anderen Seite Rußland zu erträglichen Bedingungen für ein geschlagenes Polen zu bewegen.

Die Konferenz in Sythe.

Paris, 9. August. Nach dem Maitin wird die Konferenz in Sythe erst heute nachmittags zu Ende gehen. Auch Frankreich will Truppenbewegungen nach Polen vermeiden, da sie sowohl in Frankreich wie England die Gefahr von Arbeiterunruhen heraufbeschwören würden. Es handelt sich also darum, so schreibt der Maitin, unsere Macht gegen Rußland anzuwenden, ohne einen einzigen Soldaten hinzuschicken. Die wichtigste Sache ist die Blockade Rußlands unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Admiral Beatty ist beauftragt, die englischen Schiffe werden binnen 48 Stunden auf ihrem Posten sein. Zweitens wird beabsichtigt, zunächst eine feste Verteidigungsfront zu errichten, um die Verbindung durch den Danziger Korridor aufrecht zu erhalten. „Polen“, so schreibt das Blatt weiter, „ist eine unserer Garantien; sie soll nicht verschwinden. Deutschland und Sowjetrußland sind sich einig in dem Haß gegen den Friedensvertrag.“

mit. Paris, 9. August. (Drahtbericht.) Nach einer Havas-Meldung aus Sythe verhandeln Millerand und Lloyd George heute von 10—2 Uhr. Die Marschälle Foch und Wilson, sowie Admiral Beatty wohnen den Beratungen bei, die der Prüfung und Aufstellung von Maßnahmen gewidmet waren, die von den Alliierten gegen die Sowjets ergriffen werden könnten. Unter diesen Maßnahmen befindet sich die Blockade Rußlands und die Vereinbarung einer Defensivfront mit den Randstaaten Rußlands, Litauens, Estlands, Finnlands usw. Von französischer Seite wurde bemerkt, daß die Handelsbelegierten, wenn die Alliierten sich zur Blockade entschließen, nichts mehr in London zu tun hätten und daß eine Zwangsmäßnahme dieser Art gegenüber einer Regierung nicht verstanden werden würde, die man zu gleicher Zeit in England habe. Man hofft heute nachmittags die abweichenden Gesichtspunkte klären zu können. Millerand wird gegen 5 Uhr nach Paris abreisen.

Lloyd George wird im Laufe des Abends nach London zurückkehren.

Ministerrat in London.

London, 9. August. (Drahtbericht.) Lloyd George hat für 6 Uhr abends einen Ministerrat nach Downing Street zusammenberufen, um seinen Kollegen die Lage zu schildern.

Die Russen vor Warschau.

Berlin, 10. August. (Drahtbericht.) Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Königsberg zufolge, haben die Russen nach bestimmt aufstrebenden Gerüchten Prasanisch südlich von Chorze genommen. Die Russen haben gestern die Bahnhöfe Warschau—Mlawka überschritten. Die polnischen Truppen, die zwischen Ostrolenka und südlich Ostrow noch operierten, sind vom Rückzug nach Warschau so gut wie abgeschnitten. Die Russen stehen nördlich von Warschau nur einen Tagesmarsch von der Stadt entfernt.

Die Tschechen bleiben neutral.

mit. Prag, 10. August. (Drahtbericht.) Anlässlich des russisch-polnischen Krieges hat der heutige Ministerrat eine Rundgebung erlassen, in der nach wie vor erneut betont wird, daß auch weiterhin die bisherige Politik des Friedens, der Neutralität und der Nichtbeteiligung fortgesetzt werden soll.

41. Deutscher Hausbesitzertag.

Magdeburg, 8. August. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, der in 640 Vereinen rund 375 000 Mitglieder umfaßt, trat am Sonntag zu seiner 41. Hauptversammlung zusammen. Neben Vertretern des Reichsjustizministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Wohlfahrtsministeriums, des Weimarerischen Ministeriums des Innern und verschiedener wirtschaftlicher Verbände waren auch die Reichstagsabgeordneten Senator Bergthien (Hannover, D. Bp.) und Rieseberg (Quedlinburg, Deutschm. Bp.) erschienen. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Baumert (Spandau) leitete die Verhandlungen mit einer Schilderung der großen Notlage des deutschen Hausbesitzes ein, die noch verstärkt werde durch die zunehmende Rechtsunsicherheit auf allen Gebieten. Insbesondere seien neuerdings verschiedene Landesbehörden dazu übergegangen, Reichsgesetze unbeachtet zu lassen, sofern Mieterinteressen dadurch gefährdet wurden. Nach gelte der Grundbesitz: Gleiches Recht für alle! nicht nur den Hauswirten, sondern auch den Mietern gegenüber und deshalb müsse der Zentralverband mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß hier energig durchgegriffen werde. (Lebh. Beifall.) Namens des Reichsjustizministers versicherte Landesgerichtsrat Dr. Brandis (Berlin) der Hauptversammlung, daß dem Ministerium die vorgebrachten Klagen nicht unbekannt seien. Es sei jedoch zu hoffen, daß die in Vorbereitung befindliche Reichshöchstmietenerordnung alle diese Beschwerden beseitigen werde. Reichstagsabgeordneter Weptzien erregte lebhaften Beifall mit der Versicherung, daß seine Partei es sich angelegen sein lassen werde, die Rechte der deutschen Hauseigentümer nach allen Richtungen hin zu wahren. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß der sozialistische Gedanke keine Werkkraft in dem Sinne habe, den seine eifrigsten Verfechter ihm beimessen. Nur auf den bewährten Bahnen der bürgerlichen Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes werde dieses wieder zu alter Größe und zum Vorbild für die anderen Völker werden. (Stürm. Beifall.) Hierauf sprach Prof. F. Redt (Warburg) über

Grundrente und ihre Steuer

unter Vorlegung nachstehender Leitfäden:

1. Die Grundrente ist eine natürliche Größe für jedes Grundstück und kann durch keine Befreiung abgeändert werden.
2. Soll die Grundrente im Wege der Besteuerung für den Staat eingezogen werden, so bedeutet dies eine sozialistische Maßnahme, welche mit der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung unvereinbar ist.
3. Werden Höchstpreise für Pacht und Miete festgesetzt, so wird ein Teil der Grundrente dem Eigentümer gewaltsam genommen und dem Pächter und Mieter zugewendet, was mit dem von der Reichsverfassung steht.

Künftige Bekanntmachungen Mahlöhne

für Selbstversorgergetreide im Wirtschaftsjahr 1921/22.

Der Kommunalverband hat beschlossen, die Höhe der Mahlöhne für Selbstversorgergetreide im neuen Wirtschaftsjahr der freien Vereinbarung zwischen Müller und Bauwirt zu überlassen.

Neben dem Mahllohn ist, wie bisher, eine Kommunalverbandsabgabe von 1,75 M für den Zentner durch den Müller einzuziehen und nach näherer Anweisung durch die Mühlenvereinigung an den Kommunalverband abzuführen. Die Abgabe ist zur teilweisen Deckung der Betriebskosten des Kommunalverbandes bestimmt.

Baugen, am 9. August 1920.

Kommunalverband Baugen-Eich und Wald

Donnerstag, den 12. August 1920, vorm. 8 Uhr

1 Uhr — Regulator —
meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Bischofsmerda, am 9. August 1920.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

An zweiter Stelle sprach der sozialistische Landtagspräsident von Anhalt Peus (Dessau) über

Freiwillige oder gezielte Ansammlung des Wohnungskapitals.

Er empfahl zur Durchführung seiner Grundforderung folgende Leitsätze:

1. Jeder Mensch schuldet sich selber und der Gesellschaft die Ansammlung des Kapitals, das für die Herstellung seiner Wohnung erforderlich ist.
2. Wer das Kapital nicht ansammelt, sondern von einem anderenorgt, muß es diesem (dem Hausbesitzer) verzinsen und soweit es durch Verschleiß leidet, amortisieren.
3. Wer selber kein Haus erwerben und verwalten will, sollte gleichwohl gezwungen werden, den Gegenwert als Kapital anzulegen, damit er von den Zinsen seine Miete zahlen kann.
4. Am besten würde dieser Spargang durch die Reichsregierung für alle die ausgeübt, welche kein bestimmtes Mindestkapital von vielleicht 10 000 oder noch besser 20 000 M nachweislich besitzen.
5. Das angesammelte Wohnungskapital ist gegen jeden Zugriff seitens des Sparer selbst wie irgend welcher Gläubiger zu sichern. Es ist vererblich und unpfändbar.

Nachdem Steuerinspektor Schriber (Münster i. W.) über die Feststellung von Grundstücken für die Ertragsberechtigung der Mietwohnungen gesprochen und dabei die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen über einer kritischen Besprechung unterzogen hatte, sprach zum Schluß der heutigen Sitzung der Generalsekretär des Verbandes Diehle (Charlottenburg) über die neue Gesetzgebung auf dem Gebiete des Mieterschutzes und der Wohnungsbefehlagnahme

unter Vorlegung folgender Entscheidung:

1. Der Zentralverbandstag erklärt sich grundsätzlich gegen jede Zwangswirtschaft.
2. Zwangswirtschaft und Zwangsmietpreise dürfen niemals Selbstzweck sein, sondern müssen auf ihre sozialen Zwecke beschränkt bleiben, deshalb dürfen die gesetzlichen Vorschriften des Mieterschutzes nur soweit und solange Anwendung finden, als er im dringendsten Interesse schutzbedürftiger Mieter notwendig ist.

Die Zwangswirtschaft im Mietwesen, insbesondere die Festsetzung von Zwangsmietpreisen darf überhaupt nur als vorübergehende Maßnahme für die Zeit eines besonderen Notstandes gelten.

Mit diesen Grundgedanken steht die preussische Höchstmietverordnung vom 9. Dezember 1919 mit ihren verheerenden Wirkungen in unlöslichem Widerspruch.

3. Die Miete soll so bemessen werden, daß sie mindestens umfasst:

- a) die Verzinsung des im Hause angelegten eigenen und fremden Kapitals, einschließlich Tilgung.
- b) die Dedung aller mit dem Hause verbundenen öffentlichen und notwendigen, privatrechtlichen, regelmäßig wiederkehrenden Kosten einschließlich der Aufwendungen für häusliche Unterhaltung.
- c) eine angemessene Vergütung für die Verwaltung des Hauses.
- d) eine angemessene Vergütung für Verleihen von Wohnräumen.

Am Nachmittag fand in den Räumen der Deutsche Hausbesitzer-Benutzungsvereinigung die neuen Reichssteuer und ihre Bedeutung für die Hausbesitzer-Benutzungsvereine, sowie über das Thema: Hausbesitzer-Benutzungsvereine und Hypothekendarlehen verhandelt wurde. Das Referat zu dem letzten Punkt hielt Stadtrat Humar (München).

Neu aus aller Welt.

— Das Seebrennerei bei Dortmund. Zu dem gestern gemeldeten schweren Grundunglück auf der Seebrennerei in Dortmund ist nunmehr die Ursache festgestellt. Am Sonntag morgen, etwa nach 6 Uhr, als die Maschine ausfuhr, jag der Korb nach oben und unter die Seilwinde. Das Seil brach ab und der Korb stürzte, da die Fangvorrichtung versagte, 350 Meter tief herunter in den Schachtkumpf. Auf dem Förderkorb befanden sich 30 Bergleute, die mitstürzten. Zwei Bergleute wurden aus dem hinabfallenden Korb geschleudert, und als zerstückte Leichen aufgefunden, während die übrigen Bergleute trotz angestrengtester Arbeit bis abends noch nicht geborgen werden konnten. Wahrscheinlich befinden sich noch 28 Leichen in dem Schachtkumpf. Der Reichsinnenminister Leopold Reiter, der den Korb zu hoch gezogen hatte, machte im Keller seiner Wohnung einen Selbstmordversuch, indem er sich die Halsader durchschnitt. Er wurde jedoch noch lebend ins Brüder-Krankenhaus gebracht. Die Seebrennerei II gehört dem Eisen- und Stahlwerk H&K.

— Unglück bei einem Radrennen. Bei dem Radrennen auf der Radrennbahn in Andreasviertel gerieten am Sonntag beim Kampf um den „Preis von Erfurt“ in der siebenten Runde beim Überholen die Schrittmacher Kaufmüller und Hüttenrauch aneinander und stürzten. Der hinter Hüttenrauch folgende Ledner-Teichmann fuhr auf Hüttenrauchs Motor auf, überschlug sich und stürzte gegen die Umklekabine. Hüttenrauch kam mit Querschlägen davon. Ledner erlitt Rippenbrüche und der Schrittmacher Kaufmüller Beinbrüche. Auch verschiedene Zuschauer trugen Verletzungen davon; u. a. haben zwei Leute schwere Unterschenkelbrüche erlitten. Der „Preis von Erfurt“ kam nicht zur Austragung.

— Überfälle jugendlicher Bande in Groß-Berliner Langhofen. Ein geradezu ungläublicher Vorfall, der den Zustand der Groß-Berliner Sicherheitsverhältnisse charakterisiert, hat sich in dem Berliner Ausflugsort Treptow in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abgespielt. Eine zum Teil mit Revolvern bewaffnete Bande jugendlicher Räuber überfiel dort nacheinander zwei benachbart gelegene Festlässe, in denen gerade Tanzveranstaltungen abgehalten wurden. Es waren etwa zehn Mann, die die Überfälle ausführten. Sie zertrümmerten die Fenster der Säle, drangen

unter die Gäste, schossen mit Revolvern blind um sich und verschwand unter Mitnahme einer großen Anzahl von Wertgegenständen, Uhren, Handtaschen und Schmuckgegenständen.

— Die indische Rinderpest in Belgien. Nach Belgien ist durch indische Zebu die indische Rinderpest, die gefährlichste aller Rinderseuchen, eingeschleppt worden. Es sind bereits 29 Seuchenherde festgestellt worden. Der belgische Landwirtschaftsminister hat in der Kammer am Freitag den Ausbruch der Seuche zugegeben.

— Ruhrepidemie in Dortmund. In Dortmund sind seit Mitte Juli 600 Ruhrerkrankungen amtlich gemeldet, wovon 96 tödlich verliefen. In der Woche vom 1.—7. dieses Monats sind 72 Neuerkrankungen gemeldet worden.

Aus Sachsen.

Dresden, 10. August. Der 29. Wagenbau- und Stellmacherkongress nahm am Freitag abend mit einer Sonderversammlung im Zoologischen Garten seinen Anfang. Der eigentliche Bundeskongress wurde Sonnabend früh vom Vorsitzenden Friedrich Wiedemann, der zunächst den Geschäftsbericht vorlegte. Sanktioniert, der zunächst den Geschäftsbericht vorlegte. Sanktioniert, der zunächst den Geschäftsbericht vorlegte.

Die Innung hat es fertiggebracht, in diesem Jahr für 128 000 Mark Holz zu kaufen. Doch hätten sich auch Wirtschaftskrisen herausgestellt, indem Holz im Schleichhandel weiterverkauft und so einzelne Holzgewinnler ergriffen wurden. Der Vortrag zeitigte eine lebhafteste Aussprache. Am Sonntag wurden vorwiegend Fragen der inneren Organisation verhandelt. In bezug auf die Vergrößerung der Belegschaft wurde beschlossen, daß an einer vierjährigen Belegschaft festzusetzen bzw. eine solche gezielte festzusetzen sei.

Leipzig, 10. August. Landesversammlung der sächsischen Unabhängigen. Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens findet am Sonntag, den 12. und Montag, den 13. September im Volkshaus in Leipzig mit folgender Tagesordnung statt:

- 1) Bericht des Landesvorstandes über die Organisation und Reichstagswahl. Berichterstatter: R. Lipinski.
- 2) Bericht der Volkstammesrat. Berichterstatter: Abgeordneter H. Müller.
- 3) Die bevorstehende Landtagswahl und Aufstellung der Kandidaten.
- 4) Die politische Situation im Reich und die Organisation der U. S. P. im Reich.
- 5) Anträge.
- 6) Wahl und Sitz des Landesvorstandes.

Das Landarbeiter-Deputat frei!

Vom christlich-nationalen Zentralverband der Landarbeiter wird uns geschrieben:

Seit Jahren führten die Landarbeiter einen erbitterten Kampf um die Befreiung des Deputatlohnes an Getreide usw. von den einschränkenden Bestimmungen der Erntehilfsverordnungen. Durch Tarifvertrag oder Vereinbarung mit dem Arbeitgeber war dem Landarbeiter zwar eine gewisse Menge von Naturalien gewährleistet, der Arbeitgeber durfte ihm aber nicht mehr ausshändigen als die rationierten Rationen. Der übersehende Teil mußte in Geld abgefunden werden.

Dadurch war die Ernährung der Landarbeiter, die keine Sonderzuweisungen wie die Bergleute usw. erhielten, unersparlich. Vor allem aber war ihnen dadurch der Wiederaufbau ihrer Kleinwirtschaft unmöglich gemacht, die in der Regel einen erheblichen Teil des Einkommens der Landarbeiter ausmacht.

Dieser Zustand hat zu dauernden Unzufriedenheiten und Reibungen geführt, so daß viele Landwirte und Gutsbesitzer

Die Adoptivtochter

Originalroman von H. Courths-Wahlner.
Copyright by 1913 Greiner & Co., Berlin W. 30.
(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Verzeihung, gnädige Frau — aber ich möchte nicht zu einer Fremden davon sprechen, was meinen Vater bis zu seiner letzten Stunde bewegt hat. Mit diesem Namen auf den Lippen ist mein Vater gestorben — ich mag ihn nicht entweihen. Und wenn es Ihnen recht ist — so — so bitte ich, von etwas anderem zu sprechen.“

Diese Worte flogen Britta in der Erregung ziemlich schroff von den Lippen. Nun sie aber heraus waren, erschrak sie über sich selbst.

Frau Claudine hatte sich plötzlich erhoben. Am liebsten wäre sie auf das junge Mädchen zugeeilt und hätte ihr das zornige kleine Dreieck und den stolzen, raschen Mund geküßt. Ach, dieses junge Kind hatte ihr eben ein Geschenk gemacht — ein fürsliches Geschenk. Sie hatte ihr die Gewissheit gebracht, daß Heinz Lassen sie geliebt hatte bis zu seinem Ende, und daß er mit ihrem Namen auf den Lippen entschlummert war. Nichts auf der Welt hätte sie jetzt reicher und glücklicher machen können. Und weil es in ihr stürmte und tobte und sie sich nicht verraten wollte, drehte sie sich kurz um und verließ ohne ein Wort das Zimmer, nur von dem Wunsch besetzt, allein zu sein und diese Botschaft in sich ausklingen zu lassen. Sie ahnte nicht, in welchem Zustande sie Britta zurückließ.

Diese starrte fassungslos auf die Tür, hinter der ihre Herrin verschwunden war. Jetzt erst kam es ihr zum Bewußtsein, daß sie Frau Steinbrecht eine schroffe Zurückweisung erteilt hatte.

„So —“, sagte sie halb laut und fassungslos vor sich hin, „das hast du gut gemacht, Britta Lassen. Jetzt kannst du schnell dein Bündel wieder schnüren.“

Eine ganze Weile sah sie regungslos und tief betümmert an der reichbesetzten Tafel.

Warum war sie nur so unglücklich und schroff gewesen? Warum hatte sie nicht diesen Namen preisgegeben? „Dina“ — das konnte eine Abkürzung von vielen Namen sein. Was lag daran, ob sie ihn aussprach oder nicht? Hatte sie auf die neugierigen Fragen schon so viel von ihren Familienver-

hältnissen preisgeben müssen, so kam es schließlich auch auf den Namen nicht an.

Ach, was machte sie sich nun für Vorwürfe! Und doch mußte sie sich sagen, daß sie nichts weiter getan hatte, als einen unberechtigten Übergriff zurückgewiesen.

Vanglam erhob sich Britta und sah ratlos vor sich hin. Was sollte sie nun tun? In ihr Zimmer gehen und warten, bis man sie rief? Oder hier ausharren in dem prachtvollen Speiseszimmer, bis eine mitleidige Seele erschien und ihr sagte, was sie tun und lassen sollte?

Zögernd schritt sie an das Fenster? Das klare Mondlicht lag über dem Park. Welch ein schönes, friedliches Bild! Wie gut mußte es sich leben lassen in diesem schönen, reichen Hause, in dem jedes Möbel so vornehm und ruhig seinen Platz behauptete.

Dann öffnete sich endlich die Tür und Frau Stange trat ein.

Britta sah ihr bekommen entgegen, und es war ihr wie eine Erlösung, als die alte Frau ihr freundlich zulächelte.

„Nun, Fräuleinchen, für heute abend gehen Sie ruhig in Ihr Zimmer. Die gnädige Frau braucht Sie heute nicht mehr. Sie ist schon zur Ruhe gegangen, sie scheint sich wirklich nicht recht wohl zu fühlen.“

Britta seufzte tief auf.

„Also ich bin ganz überflüssig hier,“ sagte sie verzagt.

„Nun warum denn so betrieblt? Es ging ja doch alles ganz gut.“

Britta schüttelte den Kopf.

„Gar nicht gut ist gegangen, liebe Frau Stange. Ich hatte das Unglück, der gnädigen Frau zu mißfallen. Sie hat sich, sehr unzufrieden mit mir, entfernt.“

Frau Stange setzte die silberne Obstschale auf das mächtige, eine ganze Zimmerwand einnehmende Büffet und wandte sich dem jungen Mädchen wieder zu.

„I mo, Fräuleinchen, das bilden Sie sich wohl ein. Da tenne ich meine gnädige Frau besser. Soeben habe ich doch mit ihr gesprochen — und ich weiß, was ich weiß.“

Britta sah dinnend nach der rundlichen Hand der alten Frau.

„Glauben Sie wirklich, daß sie mir nicht böse ist? Bitte, sagen Sie es mir ganz offen. Ich weiß, daß ich sie durch eine vornehme Antwort verletzt habe.“

Frau Stange schüttelte energisch den Kopf und sah verwundert lächelnd in das blasse Mädchen gesicht, das ihr gar so gut gefiel.

„Das bilden Sie sich gewiß nur ein. Die gnädige Frau hat doch eben zu mir gesagt: „Stange, Sorge dafür, daß es das Fräulein behaglich hat. Ich wünsche, daß sie sich hier im Hause wohl fühlt.“

Britta drückte ihr mit ausleuchtenden Augen fest die Hand.

„Wirklich — hat sie das wirklich gesagt?“

„Ja ja doch, wenn ichs doch sage! Und wenn die gnädige Frau so zu mir spricht, dann weiß ich, was das zu bedeuten hat. Sie redet so etwas nicht bloß so hin. Ich bin überzeugt, daß Sie bei uns bleiben.“

Britta drückte ihre Hand ans Herz.

„Ach, wenn Sie recht hätten — ich wäre ja so von Herzen froh. Es ist so schrecklich, wenn man wieder weiter wandern muß.“

Die alte Frau nickte gutmütig.

„Ja, ja, das ist gewiß schlimm. Aber unsere gnädige Frau ist nicht halb so schlimm, wie sie sich manchmal stellt. Das werden Sie bald selbst herausfinden mit Ihren klugen Augen. Na — nun gehen Sie heute zeitig schlafen. Wenn morgen früh die Sonne scheint, dann machen Sie einen Spaziergang durch den Park. Vor neun Uhr braucht die gnädige Frau Sie nicht. Um neun Uhr nimmt sie ihr Frühstück ein, dabei müssen Sie ihr Gesellschaft leisten. Sie können aber schon um 7 Uhr ein Täschchen Kaffee mit mir trinken, sonst halten Sie es nicht so lange aus.“

Brittas Herz zitterte wieder der Hoffnung. Sogar ein Lächeln flog über ihr Gesicht. Frau Stanges zuverlässliche Worte machten ihr Mut.

Etwas weniger verzagt suchte sie ihr Zimmer auf.

Am nächsten Morgen schien die Sonne hell in Brittas hübsches Zimmer und suchte über die langen, goldblonden Zöpfe, die zu beiden Seiten der Schläferin über die Bettdecke fielen. Und dann legte sich ein Sonnenstrahl so recht aufdringlich über das schöne, rosige Gesicht, daß die Schläferin davon aufwachte. Verwundert sah sie sich um. Dann erhob sie sich und kleidete sich an. Ein Blick auf ihre Taschenuhr zeigte ihr, daß sie sich beeilen mußte, wenn sie um sieben Uhr mit Frau Stange Kaffee trinken wollte.

Die alte Frau erwartete sie schon in einem behaglichen Zimmerchen neben der Küche, in dem sie ihre Haushaltsgeschäfte zu erledigen pflegte.

Britta wollte sich durchaus nicht spazieren lassen.

(Fortsetzung folgt.)

... hat die neue Reichsgeldordnung mit Wirkung vom 1. August die restliche Auslieferung aller durch Tarifverträge vereinbarten Deputatsentgelte an Getreide freigegeben.

Diese Freigabe ihres Deputatsentgeltes an Getreide verbanden die Landarbeiter in erster Linie dem unermüdbaren Eintreten des christlich-nationalen Zentralverbandes der Landarbeiter (Berlin SW. 11, Dessauerstraße 15, III) und seines Vorsitzenden für diese ihre Forderung. Bemerkenswert ist, daß sich die sozialdemokratischen Parteien bis zuletzt dieser Freigabe des Landarbeiter-Deputats widersetzt haben, während die Befürworter des christlich-nationalen Zentralverbandes bei allen bürgerlichen Parteien Verständnis und Unterstützung fanden.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 10. August.

— **Amtsgerichtsrat Dr. de Guehry** scheidet aus dem Justizdienst aus. Vom Amtsgericht wird uns gemeldet: Herr Amtsgerichtsrat Dr. de Guehry ist als Regierungsrat in die innere Verwaltung übernommen worden. Er tritt sein Amt am 15. August bei der Amtshauptmannschaft Bautzen an.

— **Noch keine Freigabe der Baustoffe in Sachsen.** Gegenüber anderweitigen Nachrichten wird von der Staatskanzlei darauf hingewiesen, daß für das Gebiet des Freistaates Sachsen zurzeit die Bewirtschaftung der Baustoffe (Zement, Kalk und Ziegel) nicht aufgehoben ist. Die Freigabe der Baustoffe darf daher nach wie vor nur auf Freigabe bezug. Dringlichkeitsfällen der zuständigen Kommissionen für Baustoffbewirtschaftung, Öl- und Kohlenfragen erfolgen. Jedoch sollen dabei die größtmöglichen Erleichterungen gewährt werden.

— **Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918** haben auf Grund der Bestimmungen vom 4. August 1919 (R.-B.-Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit dem 10. September vorigen Jahres verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September dieses Jahres von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Verwirrung zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50-Marknote vom 30. November 1918 handelt.

Niederneuland, 10. August. Die 5. wöchentliche Monatsversammlung der Ortsgruppe Niederneuland des R. V., R. H., R. L.-Reichsbundes fand am Sonnabend, den 7. ds. Mts., unter Vorsitz des 1. Vorsitzenden, Herrn Martin Eichler, Niederneuland im Ortsgruppenlokal „Germania“ statt. Als Beisitzer wurde Herr Konrad W. Witte, Heinitz hinzugezogen. Für Sonnabend, den 21. d. M., wurde zur Kräftigung der Unterhaltungsstelle ein öffentlicher Ortsgruppenball mit ziemlich wertvoller Gabenlotterie festgelegt. Auch ging aus den Verhandlungen hervor, daß es zu diesem Feste an anderen Ueberschüssen nicht fehlen soll und werden die Gäste und Gönner aus der Umgebung der Ortsgruppe sicherlich beim Besuch dieses Festes auf ihre Kosten kommen. Weil empfunden wurde der mangelhafte Besuch der Versammlungen und sollen die meist fehlenden einzelnen Mitglieder an ihre Pflichten erinnert werden. Im Anschluß an diese Sitzung fand Sonntag vormittag unter Vorsitz des Bezirksvorsitzenden S. w. o. d. a., Schirgiswalde eine Delegierten-Sitzung der Arbeitsgemeinschaften Bischofswerda und Schirgiswalde statt. Die auswärtigen Delegierten wurden durch den Ortsgruppenvorsitzenden und einige Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Niederneuland am Bahnhof empfangen. Die Versammlung fand im Vereinslokal „Germania“ statt. Es wurden folgende Anträge gestellt und erledigt: Punkt 1. Genaue Bauabrechnungen durch Revisoren aus den Bezirksarbeitsgemeinschaften und getrennte Führung der Bücher für Materialentschädigungen, Gausgelder und Referenzengelder. Punkt 2. Die Sapungskommission soll sich in Zukunft aus Kreisleitern zusammensetzen. Punkt 3. Der Bauvorstand soll bis zur Hälfte aus Mitgliedern vom Bande zusammengesetzt werden. Punkt 5. Die Beiträge sollen wegen der bisherigen Ungleichmäßigkeit einheitlich auf 1.50 monatlich festgesetzt werden. Punkt 5. Für jede in Zukunft fehlende Vereinszeitung sollen einheitlich in den Ortsgruppen 50 -/ von den Reichsbundbeiträgen seitens des Gruppenvorstandes abgezogen werden. Punkt 6. Die sozialen Einrichtungen, wie Unterhaltungsstelle u., werden als selbständige Körperschaften unabhängig vom Reichsbund bestimmt. Unter Punkt 7 fällt Allgemeines und wurde bekanntgegeben, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis die Siedlungsvereinigung des Reichsbundes ihre erste Siedlung für Kriegsinterlebende und Beschädigte in Kirchhain in Form von 12 Siedlungen in Angriff nehmen wird. Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags. Bemerkenswert ist, daß auch bei dieser Sitzung ein großer Teil Ortschaften überhaupt nicht vertreten waren, und wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Fehlen auf ein produktives Zusammenarbeiten ziemlich nachteiligen Einfluß hat.

Obernaukirch, 10. August. Öffentliche Gemeindevorstellung. Es lag ein Schreiben der Amtshauptmannschaft, Wohnungsabgabe und Mietsteuer betr., vor. Einstimmig wurde abgelehnt, von der Gemeinde Wohnungsabgabe und Mietsteuer zu erheben. — Das Elektrizitätswert verlangt in einem Schreiben Erhöhung der Pauschalgebühren für Unterhaltung der Straßenbeleuchtung. Bisher betrug der Preis für die Lampe im Jahre 3.40 M. Das Elektrizitätswert fordert eine Erhöhung um 1000 Prozent für die Lampe im Jahr. Die Gloden zum Auswechseln sollen zum jeweiligen Preise angerechnet werden. Der Gemeinderat lehnt diese Erhöhung ab. Der Gemeindevorstand wird dem Werte gegenüber diese Ablehnung begründen. — Zu der Verpachtung der Obstnutzung lagen drei Angebote vor. Sie wurde den Herren Neumann und Schmidt für 320 M. zugesprochen. — Die Beichenfrau Tempel sucht um Erhöhung der Gebühren für die Leiche nach. Es wurde beantragt, die Gebühren für eine Leiche unter 7 Jahren auf 12 M., für eine Leiche von 7 bis 14 Jahren auf 15 M. und für eine solche über 14 Jahre auf 20 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde angenommen. — Weiter lag ein Antrag vor für arme, hilfsbedürftige Personen, die gern

in der Krankenkasse sitzen wollen, aber ohne Arbeit sind, den Krankenkasseneintrag (für Männer wöchentlich 2.40 M., für Frauen wöchentlich 1.80 M.) von der Gemeinde zu zahlen. Dieser Antrag wurde mit der Einlegung auf Widerspruch angenommen. — Der Antrag, dem Landgemeindevorstand beizutreten, dem der Ort 20 weitere Landgemeindevorstände angehören, läßt man vorläufig auf sich beruhen. — Die Amtshauptmannschaft erinnert in einem Schreiben an die Eingemeindung der drei Gemeinden Oberneuland, N. S., Oberneuland, N. S. und Oberneuland, N. S. Der Gemeinderat ist grundsätzlich mit der Eingemeindung einverstanden und ist bereit, in Verhandlungen mit den beteiligten Gemeinden zu treten. — Die Amtshauptmannschaft fordert auf, den Widerspruch des hiesigen Gemeinderats in der Baustoffe des Bäckermasters Max Hülsh in Niederneuland zu begründen. Trotzdem die Begründung bei der Erhebung des Widerspruchs bereits erfolgt ist, hat der Gemeindevorstand den erhobenen Widerspruch noch einmal begründet, mit der Hoffnung, daß aus die Angelegenheit in befriedigender Weise zu Ende geführt wird. — Dem Gemeinderat ist mitgeteilt worden, daß auf Schloß Eitra eine Erholungsanstalt für Kriegsgeschädigte errichtet worden ist. Die Kosten für den Tag betragen 11.50 M. — Der Antrag Sohlund, daß das Zwölfstel, das die Gemeinden zur Erwerbslosenunterstützung aufbringen müssen, der Bezirksverband übernimmt, wird von den hiesigen Vertretern unterstützt werden. — Die Vorarbeiten einer allgemeinen Befolgungsordnung der hiesigen Gemeindevorstände, wurden dem Steuerauschuß übertragen. — In der nichtöffentlichen Sitzung lagen Armen- und Unterstützungsfragen vor. Frau Wendich mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Für sie ist eine Freistelle ermittelt worden. Ebenso mußte Hahnemann im Krankenhaus aufgenommen werden. Das Gesuch wegen einer Freistelle ist noch nicht beantwortet. Die Rechnung (25 M.) von der Krüppelhilfe für Manfred Anders muß von der Gemeinde bezahlt werden. Der Sohn eines Einwohners mußte in die Bezirksanstalt Seibau gebracht werden. Das Gesuch, zwecks Unterbringung eines jungen Mädchens in eine Lungenheilstätte, wurde befürwortet.

Wehrsdorf, 10. August. Zwei schwere Diebstähle hatte der bisher unbescholtene 24 Jahre alte Böttcherlehrling Friedrich August Berndt aus Wehrsdorf zusammen mit dem berüchtigten vorbestraften Arbeiter Erich König aus Wehrsdorf, der vor einiger Zeit zwischen Schirgiswalde und Großpolitz seinem Transporteur entfangen und sich seitdem verborgen hält, begangen. Am 30. April hatten sie in Arnsdorf aus einem mit Gewalt geöffneten Stalle des Gutsbesizers Stiebig einen Ochsen und in der Nacht zum 11. April aus dem Stalle des Mühlendesslers Barthel in Kirchhain zwei wertvolle Pferde gestohlen, diese Pferde auch unter Mitwirkung des mit König gut bekannten Gutsbesizers Alwin Pfeiffer aus Wehrsdorf und Leuten des Pferdehändlers Jodisch in Kobenzau über die Grenze nach Heigsdorf gepackt. Wegen dieses Bandenschmuggels wird später verhandelt werden. Das Verfahren wurde insoweit abgetrennt. Berndt wurde jetzt vom Landgericht Bautzen wegen Einbruchdiebstahls in zwei Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Letzte Depeschen

Die Ententehilfe für Polen.

Amsterdam, 10. August. (Drahtbericht.) „Telegraaf“ erzählt aus Hülse von gutunterrichteter Seite, es bestehe Grund zur Annahme, daß die Allierten beschloffen hätten, Polen durch technische Ratgeber, Munitionsendungen und möglicherweise durch einige Maßnahmen zur See zu unterstützen, nicht aber durch Entsendung von Truppen. Die Konkurrenz zwischen den russischen und den polnischen Vertretern werde am Mittwoch in Minsk stattfinden. Kaminoff und Krasin würden in London bleiben, um die englische Regierung über die Besprechungen in Minsk auf dem Laufenden zu halten.

Polen sperrt den Fernsprechoverkehr.

wtb. Danzig, 10. August. (Drahtber.) Die polnische Regierung hat den gesamten privaten Fernsprech- und Telegraphenverkehr mit Polen unterbunden.

Eine ungarische Abordnung in Warschau.

Kopenhagen, 10. August. (Drahtber.) Nach einem Telegramm aus Warschau meldet die polnische Presse, daß in Warschau eine Abordnung des ungarischen Parlaments eingetroffen sei mit Grüßen des ungarischen Volkes und der Versicherung, daß es bereit sei, Polen zu Hilfe zu kommen. Nach einem Telegramm aus Riga wurde auf der lettisch-russischen Friedenskonferenz in Riga über alle Fragen eine Einigung erzielt. Die Unterscheidung des Friedensvertrages zwischen Lettland und Sowjetrußland wird heute oder morgen erwartet.

Hehe der „Times“.

wtb. Rotterdam, 10. August. (Drahtbericht.) Die „Times“ dringt auf ein Zusammenwirken zwischen England und Frankreich gegen das russisch-deutsche Komplott, das ein größeres Ziel verfolgte als Napoleon I.

Schlüsse der westdeutschen Bergarbeiter.

Gen., 10. August. (Drahtbericht.) Die Konferenz der sozialdemokratischen Bezirksleitungen für das westliche Westfalen und den Niederrhein, schloß sich in der Frage der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Krieg dem Aufruf des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei vom 7. d. M. an. Zur Lage im Bergbau wurde festgestellt, daß sich die Folgen von Spa schon durch unheimlich starke Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Den Steuerabzug erklärte die Konferenz auch nach der letzten Erleichterung für eine schwere Belastung der Arbeiter und Angestellten.

Amundsen tritt eine Nordpolfahrt an.

Amsterdam, 10. August. (Drahtber.) Wie aus Rom in Massa gemeldet wird, hat Amundsen am 8. d. M. seine Nordpolfahrt angetreten.

Schriften aus dem Sieserkreis.

Die Schriftleitung übernimmt für Veröffentlichungen an dieser Stelle nur die preisgünstigste Verantwortung.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter. In Nr. 183 Ihres geschätzten Blattes vom 8. d. M. steht eine kurze Notiz über die Lohnbewegung der Bauarbeiter im Bezirk Bischof-

werda. Dieser Bericht entspricht im allgemeinen den Tatsachen, da jedoch wichtige Momente fortgelassen sind, kann er leicht zu Irrfahrungen des bescheidenen Lesers führen, und wollen wir daher noch einiges klarstellen.

Ende Juni fanden zwischen dem Bezirksarbeitsgeberverband für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen und dem Bauarbeiterorganisationen Tarifverhandlungen statt, welche auch zum Abschluß eines Tarifvertrags führten. Dieser Tarifvertrag sah unter anderem auch einen Lohnausgleich für die meisten ländlichen Bezirke vor, um die Spanne zwischen den Großstadtlöhnen und den Löhnen der Landbezirke etwas zu verringern. Auf den Bezirk Bischofswerda entfiel ein Ausgleich von 25 % pro Stunde, zahlbar ab 2. Juli 1918, und hätte somit ein Stundenlohn von 4.85 M für Maurer gezahlt werden müssen.

Die Lohnfrage für das ganze Gebiet Sachsen blieb hierbei unberührt und wurde einem gemeinsam gewählten Schiedsgericht übertragen. Der Spruch dieses Schiedsgerichts blieb hierbei unberührt und wurde einem gemeinsam gewählten Schiedsgericht übertragen. Der Spruch dieses Schiedsgerichts lautete auf 55 % Zulage auf die Grundlöhne vom 2. Juli. Dieser Schiedsspruch wurde seitens des Arbeitsgeberverbandes abgelehnt und gemeinsam mit den Arbeitnehmern das Haupttarifamt in Berlin zur Entscheidung angerufen. Das Haupttarifamt hat sich auf denselben Standpunkt des Dresdner Schiedsgerichts gestellt und den Bauarbeitern in Sachsen die Lohnhöhung von 55 % auf die Grundlöhne ab 2. Juli zugesprochen. Durch nachmaliges Verhandeln mit dem Bezirksarbeitsgeberverband wurde die Zahlung der 55 % Lohnhöhung ab 23. Juli festgelegt, der Lohnausgleich von 25 % sollte jedoch rückwirkend ab 2. Juli erfolgen, so daß für Bischofswerda ab 2. Juli 4.85 M, ab 23. Juli 5.40 M pro Stunde für Maurer und Zimmerer und 30 % für Hilfsarbeiter zu zahlen ist.

Während nun fast überall der festgesetzte Lohn gezahlt wird, weigern sich die Bischofswerdaer Unternehmer, diese Höhe zu zahlen und wollen statt der 50 % rückwirkend, nur 25 % insgesamt zuliegen.

Die Unternehmer begründen ihre Stellungnahme damit, daß die Bauauftraggeber, vor allem die Landwirte, höhere Löhne nicht zahlen wollen und lieber das Bauen unterlassen. Auch der Verdienst des Arbeitgebers wird des öfteren auf das Konto der Bauarbeiterlöhne geschrieben. Der Gewinn des Arbeitgebers im Bezirk Bischofswerda soll jetzt pro Stunde 1.75 M betragen, was bei einer größeren Anzahl beschäftigter Leute immerhin einen annehmbaren Gewinn einträgt. Wir wollen den Unternehmern keinesfalls ihren Verdienst streitig machen, denn auch sie wollen leben, sind aber der Meinung, daß es doch etwas billiger zu machen ginge.

Bei dem Bauarbeiter muß in Betracht gezogen werden, daß er Saisonarbeiter ist und durchschnittlich im Jahr nur 40 Wochen arbeiten kann, ferner kann er nicht nur arbeiten, um das nackte Leben zu fristen, sondern er muß auch bestrebt sein, seinen durch die lange Dauer des Krieges vollständig verbrauchten Bestand an Kleidung, Wäsche usw. wieder aufzubessern, was aber bei den gegenwärtigen Löhnen nicht möglich ist.

Bezeichnend ist schließlich noch, daß der Stadtrat zu Bischofswerda bei den Umbauten der Geflügelmasten, welche er in eigener Regie ausführt, die Tarifverträge vollständig unbeachtet läßt und den Maurern statt 4.85 ab 2. Juli nur 4.30 pro Stunde zahlt. Wenn eine Stadtbehörde mit solchem Beispiel vorangeht, braucht man sich über das Verhalten der Privatunternehmer letzten Endes nicht zu wundern.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Dresden.

Die Wertzuwachssteuer beim jährlichlichen Grundstück betr. Mit dem Ries scheint der Herr Einleider auf nicht gerade freundschaftlichem Fuße zu stehen und Klarheit und logische Gedankenfolge auch nicht seine vorzüglichste Eigenschaft zu sein. Um was handelt es sich denn? Wollen wir doch auf den Kern der Sache eingehen und nicht durch vieles Drumrumreden den Tatbestand verdunkeln und entstellen. Der Herr Bürgermeister hatte mit Herrn J. über den Verkauf seines Grundstücks verhandelt und ihm dafür 55 000 M geboten. Herrn J. war dieser Preis annehmbar, erbat sich aber noch einige Tage Bedenkzeit, da ihm die Sache etwas überrascht kam. In der abends stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung unterbreitete der Herr Bürgermeister die Angelegenheit in geheimer Sitzung den Stadtverordneten und ersuchte diese, besonders Herrn Mittag, der mit Herrn J. befreundet ist, auf Herrn J. einzuwirken, daß dieser für 55 000 M an die Stadt verkaufe. Herr R. hat aber am Biertisch im Beisein Herrn J.'s geäußert, das Grundstück sei mindestens 75 000 M wert und der Herr Bürgermeister wolle den Bürgern das Fell über die Ohren ziehen. Daß Herr R. dadurch nicht im Sinne des, wenn auch nur stillschweigend gegebenen Versprechens, gehandelt und damit nicht das Interesse der Stadt und der Allgemeinheit gewahrt hat, liegt sonnenklar zu Tage und daran ändert auch das Vertrauensvotum der Stadtverordneten nichts. Das am rechten Ort festzustellen, habe ich für meine Pflicht gehalten. Als dann bei der späteren Verhandlung Herr J. erklärte, daß ihm für sein Grundstück, das ihm, wie er selbst angegeben hat, nur 35 000 M, nicht wie der Herr -r. angibt, 48 000 M gekostet hat, 125 000 M geboten worden seien, ist ihm vom Herrn Bürgermeister vorgerechnet worden, daß er bei diesem Preis sozialer Zuwachssteuer bezahlen müsse, daß ihm rund 72 000 M verbleiben würden. Wenn die Stadt das Grundstück für 75 000 M in den Händen hat, ergibt sich unter Hinzurechnung der ausgefallenen Zuwachssteuer mit mathematischer Genauigkeit ein tatsächlicher Kaufpreis von rund 125 000 M. Ob das noch preiswert ist, das zu beurteilen überlasse ich der Einwohnerschaft von Bischofswerda. Daß aber der Herr -r mit seinem Eingeladeten Herrn R. einen großen Freundschaftsdienst erwiesen hat, glaube ich beweisen zu müssen: Ein Mann, ein Wort!

Kämmerer Wagner.

Hauswache. Freitag, den 13. August, abends 1/9 Uhr: Bibelstunde in der Pfarre.

Wetterbericht. 11. August (Mittwoch): Teilweise heiter, vorwiegend trocken, Nacht ziemlich kühl, Tag etwas wärmer.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Friedrich May; verantwortlicher Schriftleiter: Max Fiederer, sämtlich in Bischofswerda.

Zum Schluß des Augustschießens heute Dienstag bei Eintreten der Dunkelheit Großes Brillantfeuerwerk.

Die vereinigten Marktfirmanten und Schausteller.

Gasthof Goldner Löwe.

Morgen Mittwoch, von 7 Uhr an:

Feiner BALL

ausgeführt vom Trompeterkorps Fahr-Abteilung 4.
Stiergabeln freundlich ein
Georg Schütz.

Kontoristin

berwandert in Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung für dieses Fabrikkontor gesucht. Schriftl. Angebote unter Beifügung von Zeugnissen und Gehaltsansprüchen unter „S. E.“ an die Geschäftsst. dieses Blattes

Anzeigen

in der Tageszeitung als Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage

haben

in dieser Zeit der Kaufanlust für das geschäftliche Leben wieder eine größere Bedeutung.

Erfolg

erzielt man aber nur in Zeitungen, die auch eine entsprechende Verbreitung besitzen.

Sicher und zuverlässig

erreicht jede Ankündigung das gewünschte Ziel

im

„Sächsischen Erzähler“

der in 7500 Exemplaren täglich in fast jedem Hause in Stadt und Land gelesen wird und der eine konkurrenzlos dastehende dichte Verbreitung in allen Volksschichten besitzt.

Ortschuh Niederneukirch.

Die vor kurzem in Zittau stattgefundenen Unruhen geben Veranlassung, auf den von seitens unseres Gemeinderates mit großem Interesse und mit vieler Mühe ins Leben gerufenen Ortschuh zurückzukommen. Wenn geglaubt wurde, daß durch die am Montag, den 19. 7. 1920 seitens des stellv. Gemeindevorstandes Herrn Thomas einberufene Versammlung eine ordnungsgemäße Organisation herbeigeführt wurde, so fühlt heute jeder das Gegenteil, denn weiter als bis über Verhandlungen und Versammlungen war es nicht möglich, hinauszukommen. Warum? — Wer kann diese Frage beantworten? Was nützt die viele Mühe, die sich die Gemeindeverwaltung zu einer Organisation gibt, wenn der gewählte Führer wegen Klassenunterschieden opponiert. Es ist höchste Zeit, daß in der Angelegenheit „Ortschuh“ Klarheit und Organisation geschaffen wird, soll das Geschaffene nicht wieder zusammenfallen. Es muß gegen die ganze Art und Weise, wie sich der während seiner Abwesenheit gewählte Führer dieser wichtigen Einrichtung des Ortes annimmt, protestiert werden. Auch war es ein Fehler, einen Führer während seiner Abwesenheit zu wählen und zur Bestätigung an die Kreishauptmannschaft weiter zu geben; beweist doch schon seine Abwesenheit bei der Versammlung seine Gleichgültigkeit an der Sache. Heute haben wir das Produkt dieser Wahl, indem der Führer sich an seine Wahl nicht im mindesten schert. Oder glaubt Herr Nierisch, daß er seitens des Vertrauensausschusses erst mit Sang und Klang in sein Amt eingeführt werden muß? Wenn das der Fall ist, dann ist es höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Herr Nierisch, welcher sich früher stets frei von politischen Einflüssen aus der Allgemeinheit heraus zeigte, beweist heute durch seine ganze Art das Gegenteil. Es bleibt sich doch bei einer solchen wichtigen Einrichtung für das Wohl des Ortes vollständig schnuppe, welcher politischen Richtung der Vertrauensausschuss und der so allgemein geschätzte jegliche stellv. Gemeindevorstand Thomas angehört. Es ist unbedingt erforderlich, daß in dieser Angelegenheit baldigst etwas geschieht, und Herr N. seine politische Prinzipienreiterei aufgibt und sich seiner Wahl als Führer des Ortschuhes erinnert, ehe sein Name in dieser Sache in das tiefe Dunkel der Vergessenheit gerät.

Billig! Achtung! Billig!

Seifenpulver
Ia. Seifensäfte
gute Kernseife 78%
Walter Schmidt
Kein Laden!

Möbl. Zimmer

von jung. Herrn für 15. August oder 1. September gesucht.
Offert. mit M. 3. 15 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Kaninchen

zu verkaufen
Lutherstr. 9.

Mutterkorn

kauft jedes Quantum
Stadl Apotheke Bischofswerda.

Startoffelmalen, Küchenabfälle pp.

kauft
Gerber, Belmsdorfer Str. 13.

Spülapparate

Spülkannen, Schälbecken, Unterlagen, Seibbinden, Vorfallbinden, sanitäre

Gummiwaren.

Anfragen erbeten. Damenbedienung durch meine Frau.
W. Heusinger, Dresden 101.
Am See 87, nahe Hauptbahnhof.

1 Unbinde-Zickel

ist zu verkaufen.
Häheres i. d. Gesch. d. Bl.

Makulatur

zu haben bei
Friedrich May.

Tanz-Unterricht.

Sehr vielen Damen und Herren von Freundlichkeit. Tanz-Unterricht, der 16. u. 17. August, den 18. August, abends 8 Uhr in der Gastwirtschaft in Frankfurt a. M.

Verloren

wurde eine Schlüsselkarte vom Lutherpark bis Dresden Straße. Gegen Belohnung abgegeben bei Pöschke, Bischofsstr. 2.

Verloren

Einmalig früh weggefallen. Große m. Schlüsselkarte (Abenden) von Reichardtstraße bis Bahnhof. Gegen Belohnung abgegeben in der Geschäftsst. d. Bl.

Ordnungs. Mädchen

16-18 Jahre alt, zur Hauswirtschaft für sofort oder später in gute Stellung gesucht.
Schmidefeld 61.

Hausmädchen

Frau Hedwig Schindler, Rammer Str. 5.

Dienstmädchen

oder einfache Stütze für möglichst bald. Eintritt gesucht.
Dr. Flieger, Oberneukirch.

28jähr. Mädchen

sucht Stellung in besserem Haus als einfache Stütze oder Stubenmädchen.
Zu erfrag. i. d. Geschäftsst. d. Bl. Ca. 1, Scheffel

Safer

in Puppen stehend zu verkaufen.
Zu erfrag. i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Fast neue Leiter

mit Eisenspitzen, (18 Sprossen) zu verkaufen.
M. Unger, Demitz, Bahnhofstr. 12 H.

Der Dornenweg

das beste Mittel Maria Bospisich vom Bergtheater Wien in der Hauptrolle.
Wie man Männer fesselt
Empfehl. mit Altes Clement.
18. bis 19. August
Die Herrin der Welt V.

Rich. Eckardt jun., Bahnhofstraße 7

Spezialgeschäft für mod. Korsetts

1000 Mark Belohnung

demjenigen, der mich wieder in den Besitz meines in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag gestohlenen Motors, 3 P. S. Nr. 306927 und Freibrümmen bringt.
Ernst Trän, Reupflanzweg.

LEBEWOHL

Hühneraugen
ohne dabei die gesunde Haut anzugreifen. Denker bequemste, gänzlich schmerzlose Anwendung! Kein Unwohlsein, kein Pinseln erforderlich! Schachtel Mk. 2.— u. 3.— in den Drogerien und Apotheken. Man verlange ausdrücklich „Lebewohl-Friedensworte“

In Kinder- u. Sportwagen

allerneuester Modelle
zu bedeutend herabgesetzten Preisen führt großes Lager
Richard Müller,
Oberneukirch, am Bahnhof, Tel. 75

Ein gut bewährtes Mittel

gegen Maul- u. Klauenpest
ist Direktor Alberts
Holzdestillat u. Borosin.
Gleich gut geeignet zur Vorbeugung wie namentlich auch zur Heilung erkrankter Tiere.
Zu beziehen durch die Firma
P. A. Albrecht & Bollmeyer, Lübeck.
Bezirksvertreter werden gesucht.

Todes-Anzeige.

Heute früh entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser kleiner Liebling und Zwillingbruder
Hellmut
im zarten Alter von 1 Jahr und 2 Tagen.
In großem Schmerz
Alexander Schuffenhauer und Frau
nebst Söhnen Edgar.

Bischofswerda, am 9. August 1920.
Bautzer Straße 7.

Die Beerdigung findet Donnerstag 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

